



FREIE SCHULWAHL OHNE SCHULGELD – **JETZT!**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Dr. Schmied!

Aufgrund der existenzbedrohenden Situation unserer von Eltern getragenen Freien Schulen hat sich vor wenigen Wochen eine schulübergreifende Elterninitiative gebildet. In nur kurzer Zeit konnte unsere Elterninitiative (siehe www.freieschulwahl.at) 6500 Online-Unterstützungen sammeln. Eine parallel gestartete Bürgerinitiative, angepeilt werden 10.000 Unterschriften, wird am 6. April um 11.30 Uhr mit der Übergabe an Frau NR-Präs. Prammer offiziell in den NR eingebracht. Diese Übergabe begleiten unsere Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen, die sich vor dem Parlament versammeln werden. Neben der breiten medialen Unterstützung unserer Anliegen läuft zur Zeit auch eine österreichweite Umfrage zum Thema "Freie Schulen", deren erste Ergebnisse, darauf hindeuten, dass sich etwa 3/4 der ÖsterreicherInnen für eine gleichwertige Behandlung unserer Schulen aussprechen.

Aus vielen Ihrer Reden und Ansprachen wissen wir, wie sehr Sie unsere Schulen als anregende Ergänzung des Bildungssystems schätzen - danke für Ihre Anerkennung, danke für Ihre lobenden Erwähnungen unserer Schulen. Unser Anspruch, Schulen für "Bildung, Kunst und Kultur" zu sein, korrespondiert sehr gut mit Ihren Forderungen, Schulen sollten Orte von Kreativität, Reflexion, Toleranz und gesellschaftlichem Diskurs sein.

Nun findet nach fast einem Jahr Pause am 6. April eine neue Sitzung des NR-Unterrichtsausschusses statt, in den die Ergebnisse des Expertenhearings zum Thema Freie Schulen des Unterausschusses vom 1. Juli 2010 einfließen sollten.

Unsere Eltern interessiert nun vor allem, welche Aktivitäten das BMUKK in diesem Zusammenhang plant. Die Ereignisse der letzten Monate haben wieder einmal aufgezeigt, mit welchen großen Unsicherheiten unsere Schulen konfrontiert sind:

- Die magere finanzielle Unterstützung erfolgt durch jederzeit widerrufbare Ermessensförderungen, die das BMUKK aus eigenen Mitteln aufbringen muss und nicht aus dem ordentlichen Budget wie bei konfessionellen Privatschulen.
- Die rechtliche Absicherung basiert aus dem Privatschulgesetz des Jahres 1962 und entspricht schon lange nicht mehr dem aktuellen Wissensstand des 21. Jahrhunderts.

Wir Eltern fordern nach jahrzehntelangem Bitteln und Betteln, jetzt endlich konkrete Schritte in Richtung finanzieller und rechtlicher Absicherung unserer Schulen zu setzen.

Ein Vorschlag, wie eine konkrete österreichweite Lösung für die Schulen in freier Trägerschaft aussehen könnte, wurde von der Tiroler Plattform freier Schulen erarbeitet, das "Tiroler Modell für freie Schulwahl":

1.) Ausgehend vom europäischen Grundrecht auf freie Schulwahl für unsere Kinder und der Tatsache, dass wir Eltern Jahr für Jahr über unsere Steuern für die Ausbildung aller Kinder in Österreich einen anteiligen Betrag entrichten, fordern wir Eltern:

Den Ersatz von 80% der Schulkosten, wie sie im staatlichen Durchschnitt für die jeweiligen Schulstufen anfallen. Damit kein Kind aus finanziellen Gründen vom Besuch einer Schule in freier Trägerschaft ausgeschlossen ist, wird der Selbstbehalt sozial gestaffelt.

2.) Selbstverständlich haben wir Eltern ein ähnlich hohes Interesse an maximaler Schulqualität an Schulen in freier Trägerschaft wie der finanzierende Staat. Wir begrüßen die vom BMUKK für alle Schulen geplante "Schulaufsicht neu", welche weniger "Aufsicht", sondern mehr regionales Qualitätsmanagement sein soll und

- output- statt input-orientiert ist,
- Autonomie und Eigenverantwortung am Schulstandort fördert,
- unsere anerkannten Qualitätsstandards auf Basis der genehmigten Statuten und Lehrpläne evaluiert.

Zur Umsetzung beider Punkte sehen wir eine Novellierung des Privatschulgesetzes von 1962 als unumgänglich an.

Wir Eltern würden es als große Anerkennung unserer Schulen und mit viel Freude sehen, wenn Sie, sehr geehrte Frau Bundesministerin, am 6. April sich Zeit für ein Gespräch mit uns nehmen könnten, um herauszufinden, welche Perspektiven unser Schulen in Österreich haben.

Im Rahmen unserer Versammlung anlässlich der Übergabe der Bürgerinitiative am 6. April ist von unserer Seite um ca. 12 Uhr eine Pressekonferenz beim Parlament geplant. Eine Kooperation mit dem BMUKK oder vielleicht gar Ihre persönliche Teilnahme daran würde uns mit großer Freude erfüllen.

Mit herzlichen Grüßen aus Tirol

Edgar Hernegger
Bundeselternsprecher der österreichischen Waldorfschulen